

Ruedi Brassel-Moser

Pratteln im Spiegel kantonaler und eidgenössischer Abstimmungen

Beitrag für die Heimatkunde Pratteln 2003

Dass die Gemeinde Pratteln – wie jede andere – ein besonderes politisches Profil hat, versteht sich von selbst. Doch es beruht nicht allein auf der kommunalen Politik mit ihren speziellen Problemen und Institutionen. Es zeigt sich unter anderem auch darin, wie sich die Gemeinde in ihrem Abstimmungsverhalten von anderen abhebt und wo die Unterschiede zu Bund und Kanton liegen. Wenn hier also Pratteln im Spiegel einiger kantonaler und eidgenössischer Abstimmungen betrachtet wird, so soll das dazu beitragen, die Stellung und den Stellenwert von Pratteln genauer zu bestimmen.

Um das zu tun, genügt es nicht, einfach die Prattler Resultate von wichtigen Abstimmungsgängen aneinander zu reihen. Wenn nach einem Profil von Pratteln gefragt wird, müssen wir vielmehr die Unterschiede zu den Resultaten im Kanton und im Bund eruieren. Dies auch noch in Bezug auf die Nachbargemeinden zu tun, sprengt den Rahmen dieses Beitrags. Ich beschränke mich darauf, die Unterschiede zwischen dem Abstimmungsverhalten in Pratteln zu jenem auf der Kantons- und Bundesebene herauszuarbeiten und danach zu fragen, welche Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten dabei festzustellen sind.¹

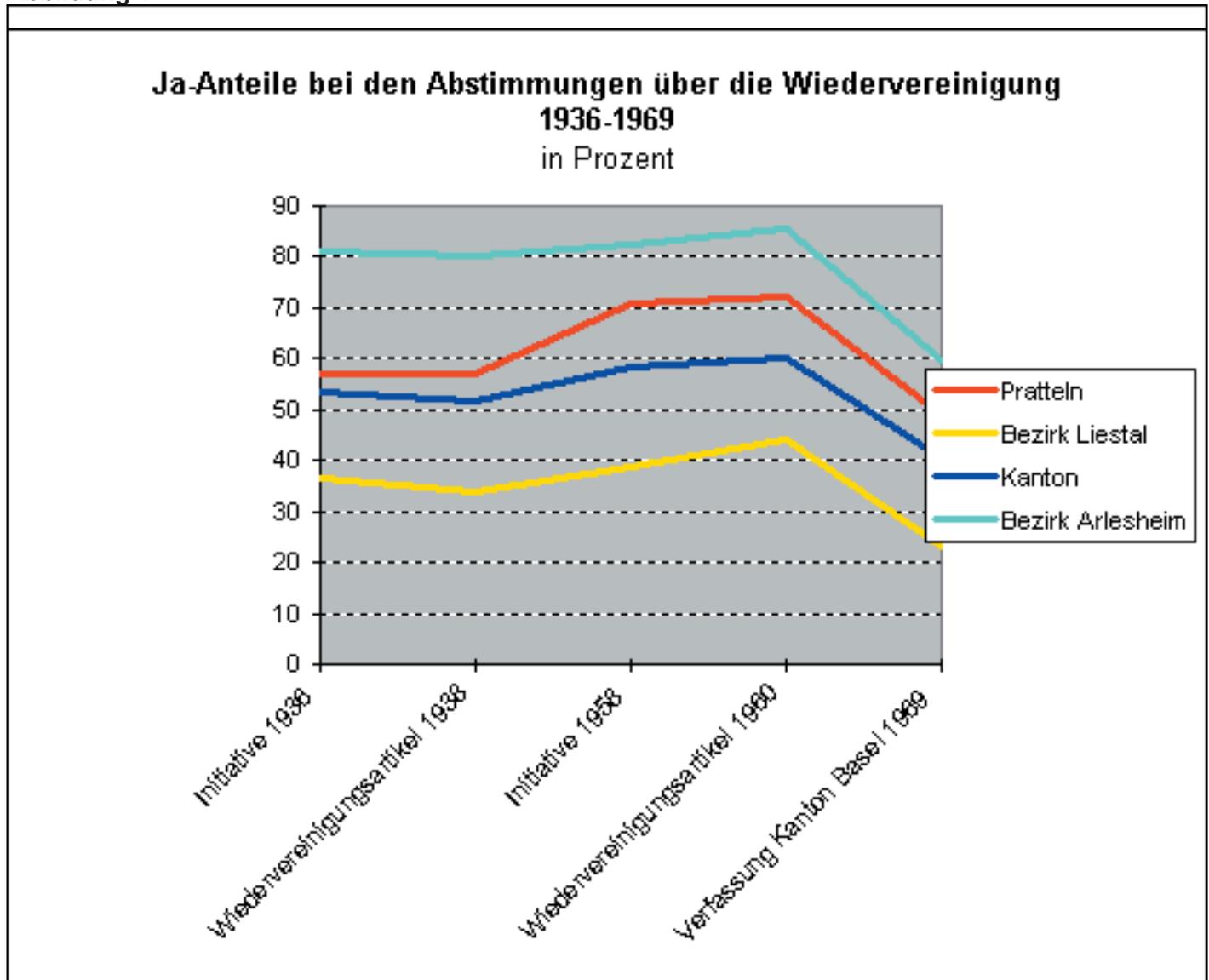
Es ist davon auszugehen, dass sich diese Unterschiede je nach Themenbereich unterschiedlich ausgestalten. Deshalb habe ich drei Politikfelder ausgewählt und darin über mehrere Jahrzehnte hinweg die lokalen Resultate mit denjenigen im Kanton und Bund verglichen.² Es handelt sich a) um sozialpolitische Themen, b) um ökologische Vorlagen und c) um Fragen der Öffnung der Schweiz und des Umgangs mit Fremden. Zuerst gehe ich aber noch auf zwei Einzelfragen ein, die über Jahrzehnte hinweg die Wählerschaft bewegt haben: die Forderung nach dem Frauenstimmrecht und die Frage der Wiedervereinigung.

Wiedervereinigungsfrage

Die Frage der Wiedervereinigung der beiden Basel beschäftigte die Region in der Mitte des 20. Jahrhunderts über Jahrzehnte. Abbildung 1 zeigt die Ja-Stimmenanteile, welche in den Abstimmungen in Pratteln, im Bezirk Liestal und im gesamten Baselbiet dabei entstanden. 1933, im Jubiläumsjahr der Kantonstrennung von 1833, war eine Initiative für die Wiedervereinigung lanciert worden, die 1936 in beiden Halbkantonen angenommen wurde, obwohl der obere Kantonsteil sich dagegen aussprach. In Pratteln lag die Zustimmung knapp über dem Kantonsmittel, aber deutlich über dem ablehnenden Votum des Bezirks Liestal. Weil der 1938 in einer Volksabstimmung mit ähnlichen Stimmenanteilen gutgeheissene Wiedervereinigungsartikel von der Bundesversammlung nicht gewährleistet wurde, kam es in den 1950er-Jahren zu einer Neuauflage des Vorstosses für eine Wiedervereinigung. Bei den Abstimmungen von 1958 und 1960 erhöhte sich in Pratteln die Zustimmung noch. Ein deutlicher Ausdruck dafür, dass Pratteln mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit zu einer auf das Zentrum Basel ausgerichteten

Vorstadtgemeinde geworden war und sich in dieser Frage den Unterbaselbieter Gemeinden des Bezirks Arlesheim noch mehr annäherte. Die sechziger Jahre mit dem Ausbau der kantonalen Infrastrukturen in Spitälern und Schulen brachten dann den Umschwung – auch in Pratteln, wo im Dezember 1969 erstmals eine knappe Mehrheit gegen die Wiedervereinigung stimmte.

Abbildung 1

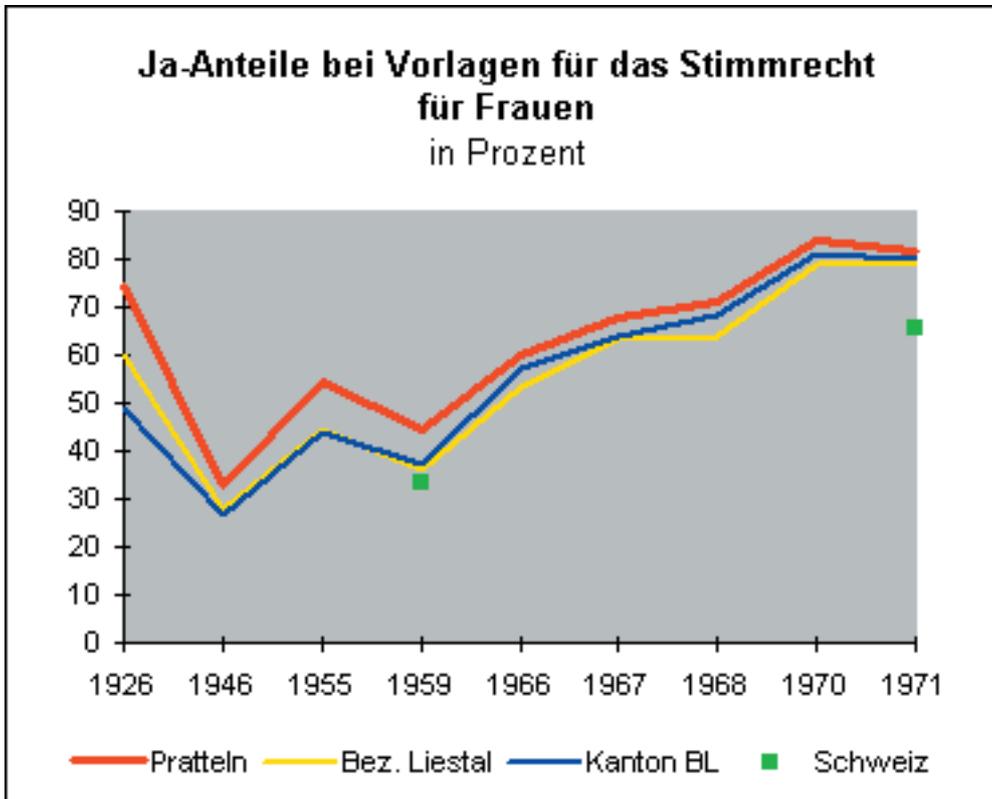


Frauenstimmrecht

Abbildung 2 zeigt den „Siegeszug“ des Frauenstimmrechts in Pratteln, der allerdings eher einem Schneckengang gleichkam. Die Zustimmung nimmt langsam zu, geht aber jeweils dann leicht zurück, wenn die Einführung des Frauenstimmrechts auf der nächst höheren politischen Ebene zur Debatte steht (1946 Wechsel auf die kantonale, 1959 und 1971 auf die nationale Ebene). Die erste Abstimmung fand 1926 statt, wobei es bloss um das Stimmrecht in „Schul-, Armen- und Kirchensachen“ ging. Mit 48,7 % Ja-Stimmen scheiterte der Vorstoss im Kanton nur knapp. In Pratteln wäre die Vorlage sogar mit einem Dreiviertelmehr angenommen worden. Als dann 1946 das allgemeine politische Stimmrecht für Frauen zur Diskussion stand, hatte die Vorlage weder im Kanton noch in Pratteln eine Chance. In den folgenden Jahren folgten verschiedene weitere Vorstösse. Nachdem im Baselbiet 1966 der Grundsatz und 1967 die Lösung durch Gesetz angenommen worden war, erreichte die Einführung des Frauenstimmrechts in kantonalen

Angelegenheiten (1968) und in den Gemeinden (1970) komfortable Mehrheiten, die in Pratteln durchwegs über dem Schnitt des Kantons und des Bezirks Liestal lagen. Auf nationaler Ebene stimmten die Prattler Männer dem Anliegen sowohl beim gescheiterten Vorstoss von 1959 als auch beim endlich erfolgreichen von 1971 überdurchschnittlich zu.

Abbildung 2



Wie sind die Abbildungen 3-7 zu lesen?

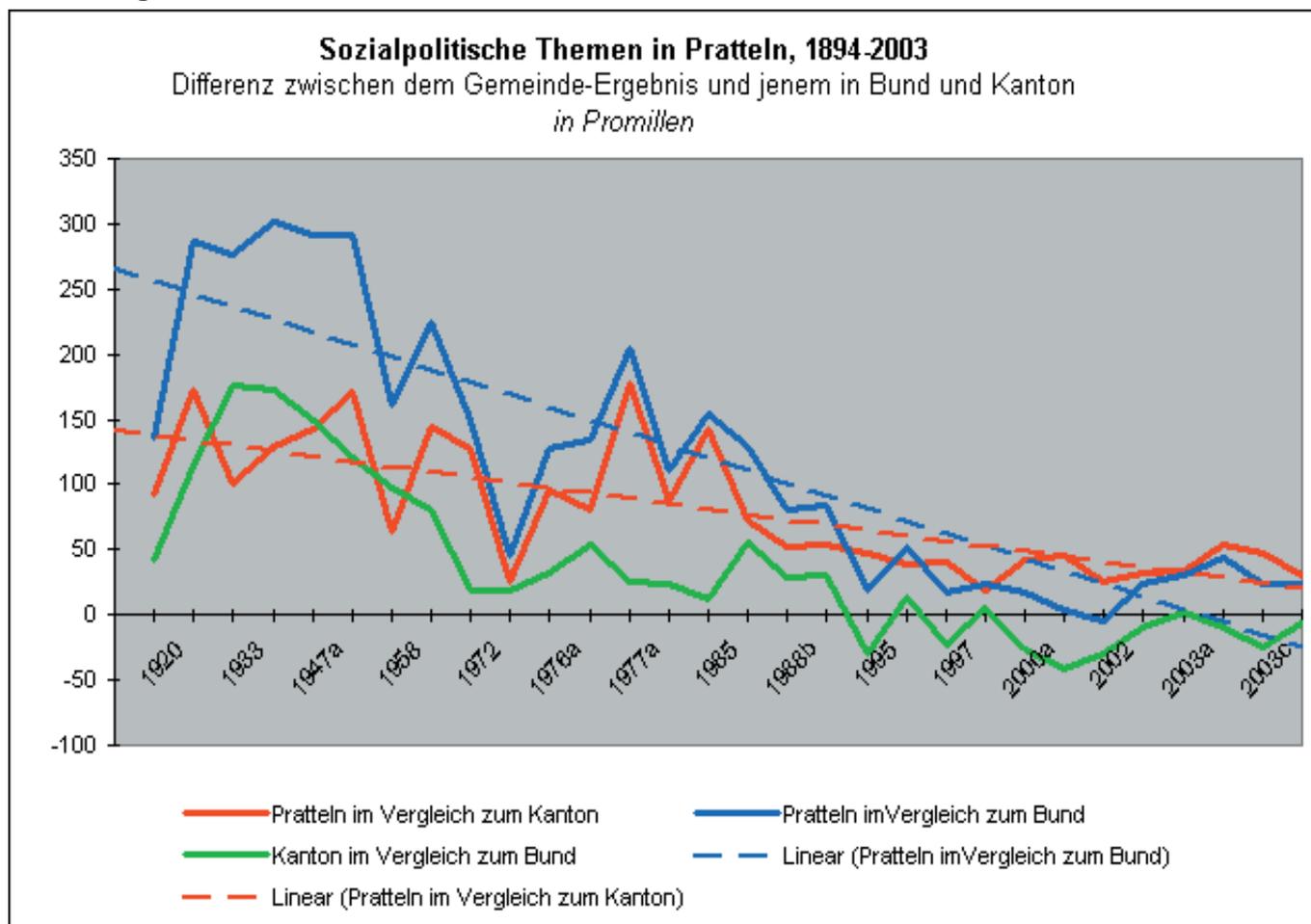
Diese Abbildungen zeigen, um wie viel die Abstimmungsergebnisse in Pratteln von denjenigen im Baselbiet und im Bund abweichen. Liegt etwa die Kurve „Pratteln im Vergleich zum Kanton“ über der X-Achse, wie bei den sozialpolitischen Themen in Abb. 3, so dokumentiert das die grössere Zustimmung in Pratteln. Liegt sie unter der X-Achse, wie etwa bei den Öffnungsthemen (Abb. 6), so drückt das aus, dass der Ja-Anteil im Kanton grösser war als in Pratteln. Die Grafiken zeigen also nicht, wie viel Prozent der Stimmenden in Pratteln zugestimmt oder abgelehnt haben, sondern wie stark sich das Prattler Ergebnis von den anderen abhebt. Diese Differenzrechnung erlaubt es, über längere Zeiten in ähnlichen Themenfeldern die Entwicklung von Einstellungen und Stimmverhalten zu verfolgen und das Profil von Pratteln herauszuarbeiten

a) Sozialpolitische Themen

Pratteln haftet der Ruf an, eine „rote Gemeinde“ zu sein – oder gewesen zu sein. Ein Blick auf die Ergebnisse bei den Gemeindewahlen zeigt, dass das nur zeitweise der Fall war. Seit 1920 wies der

Gemeinderat nur in 7 von 24 Amtsperioden eine linke Mehrheit auf. In der Gemeindekommission hatte von 1944 bis 1956 eine linke Mehrheit Bestand. Im Einwohnerrat erhielt die Linke von 1979-84 Oberhand, und in der Amtsperiode davor und danach stand das Kräfteverhältnis jeweils auf der Kippe. Meistens hingegen dominierte eine bürgerliche Mehrheit. Doch vielleicht beruht der rote Ruf von Pratteln weniger auf den temporären Mehrheiten in Exekutive und Legislative als auf dem Abstimmungsverhalten in Sachfragen. Ein Blick auf die Ergebnisse von sozialpolitischen Vorlagen kann darüber Aufschluss geben (Abbildung 3).

Abbildung 3



Deutlich zeigt sich, dass in Pratteln sozialpolitische Vorlagen stets auf grössere Zustimmung gestossen sind als im Kanton und im Bund. Dies setzte 1894 ein bei der Abstimmung über die Initiative für ein Recht auf Arbeit, der ersten Initiative der SPS, die keinerlei Chance hatte, in Pratteln aber immerhin auf einen Drittel Zustimmung stiess. Allerdings zeichnet sich seit den 1970er-Jahren ab, dass Pratteln die sozialpolitischen Vorlagen zwar immer noch meist überdurchschnittlich befürwortet, aber längst nicht mehr im Ausmass früherer Zeiten. Diese Entwicklung lässt sich sehr gut am Beispiel der Arbeitszeitvorlagen verfolgen. 1920 und 1924, als es um die Errungenschaft der 48-Stundenwoche ging, übertraf die Zustimmung in Pratteln jene im Bund um fast 30 und jene im Kanton um 10 bzw. 17 Prozentpunkte. 1958 erhielt eine Initiative für die Einführung der 44-Stundenwoche in Pratteln eine Mehrheit von 57%, im Kanton lag das Ergebnis um 14, im Bund um 22 Prozentpunkte darunter. Als 1976 über die 40-Stunden-Woche abgestimmt wurde, kam selbst in Pratteln mit 35% keine Mehrheit dafür zustande. Der Ja-Stimmen-Überschuss gegenüber dem Kanton und dem Bund sank auf 8 bzw. 13 Prozentpunkte. Bei der nächsten Vorlage für eine Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1988 betrug das Zustimmungsplus nur noch 5 bzw. 8 Prozentpunkte. Als schliesslich 1996 über das Referendum zum revidierten Arbeitsgesetz abgestimmt

wurde, glich sich die Stimme Prattelns derjenigen von Bund und Kanton fast an – ein Ergebnis, das bei der Abstimmung über die 36-Stundenwoche im März 2002 ganz ähnlich ausfiel.

Dieser Trend bestätigt sich vollauf in den Abstimmungen über die AHV und das Rentenalter. Der Einführung der AHV (1947b) wurde in Pratteln mit sensationellen 96,1 Prozent zugestimmt. 1977 erhielt in Pratteln die Initiative für die Herabsetzung des Rentenalters 8,7 % mehr Zustimmung als im Kanton und 11 % mehr als im Bund. 1988 betrug dieser Vorsprung noch 5,4 bzw. 8,4 Prozentpunkte. Bei den zwei Vorlagen zur Flexibilisierung des Rentenalters im Dezember 2000 sank die Prattler Zustimmung ziemlich genau auf das Bundesmittel, blieb aber noch über derjenigen im Kanton Baselland.

Es ist also festzuhalten, dass Pratteln in den letzten zwanzig Jahren bei Abstimmungen zu sozialpolitischen Themen sukzessive sein früher ausgeprägtes Profil als „linke“ Gemeinde eingebüsst hat und zum Durchschnitt gerückt ist. Dies ist zum einen sicher Ausdruck davon, dass sich Pratteln in seiner Bevölkerungsstruktur von der Industriegemeinde mit einem ausgeprägten sekundären Sektor zu einer Vorstadtgemeinde mit Schwergewicht im Dienstleistungsbereich gewandelt hat. Dazu kommt, dass mit dem steigenden Ausländeranteil an der Bevölkerung eine immer grösser werdende Gruppe aus den eher unteren Einkommenschichten vom Stimmrecht ausgeschlossen ist.³

Bemerkenswert ist weiterhin, dass im Kanton die Angleichung des Abstimmungsverhaltens an den Bund in sozialpolitischen Fragen schon um 1970, gut zehn Jahre vorher, einsetzte. In den letzten Jahren zeigte sich der Kanton Baselland bei sozialpolitischen Vorlagen sogar leicht weniger zustimmungsfreudig als der Durchschnitt der übrigen Kantone. Die geringer werdende Distanz zwischen den Ergebnissen in Gemeinde, Kanton und Bund heisst aber nicht, dass sozialpolitische Anliegen in Pratteln keine Chance mehr hätten. Sie haben es zwar schwerer, eine Mehrheit zu finden. Doch ist dies nach wie vor möglich, wie die Erfolge der Referenden gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung 1997 und gegen das Arbeitsgesetz von 1996 gezeigt haben. Doch von einem profiliert „roten“ Pratteln kann deswegen heute nicht mehr gesprochen werden.

Ökologische Themen

Zu einem oppositionell-fortschrittlichen Image von Pratteln könnte in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auch die Haltung in ökologischen Belangen beigetragen haben. Betrachten wir die Abbildung 4, die auf 28 Abstimmungen über ökologische Fragen seit 1950 beruht. Zunächst entsteht der Eindruck eines verwirrenden Auf und Ab. Zwar lag Pratteln bei den frühen umweltpolitischen Vorlagen zum Gewässerschutz (1953), zum Schutz der Rheinlandschaft bei Rheinau (1954), bei den Verfassungsartikeln über einen Natur- und Heimatschutz (1962) und den Umweltschutz (1971) sowie beim Raumplanungsgesetz (1976) klar über dem kantonalen und eidgenössischen Schnitt. Doch dann stellt sich eine Zickzacklinie ein. Immerhin wird deutlich, dass die Befürwortung von ökologischen Anliegen in Pratteln bis auf wenige Ausnahmen stets grösser war als im schweizerischen Durchschnitt.

Um diesen Ausnahmen auf die Spur zu kommen, müssen wir eine Aufteilung der Vorlagen vornehmen. Ein klareres Bild ergibt sich nämlich, wenn wir die Abstimmungen zu Strassenverkehrsfragen ausklammern. (Abbildung 5) Bei den verbleibenden Vorlagen ging es vorwiegend um Energiefragen. Vor dem Hintergrund des Kampfs gegen das Atomkraftwerk in Kaiseraugst mit der Besetzung von 1975 und den nachfolgenden Verhandlungen, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen überrascht es nicht, dass in Pratteln

die Zustimmung zu atomkritischen Initiativen besonders hoch war. Angesichts der starken Sensibilisierung der Region in diesen Fragen ist es auch nicht erstaunlich, dass die Differenz vor allem gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt ausgeprägt ist, weniger aber zum übrigen Baselbiet. Im Kanton war

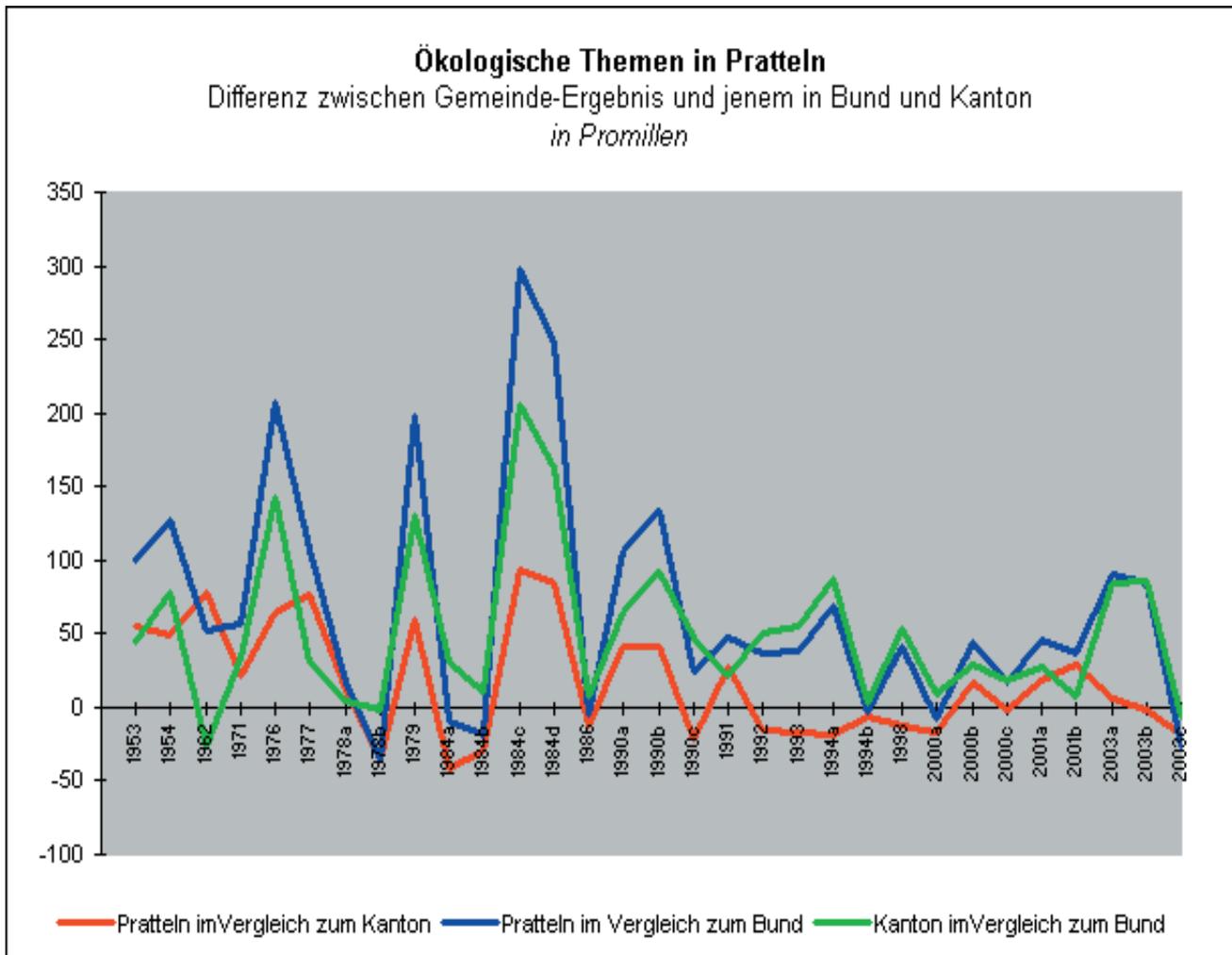


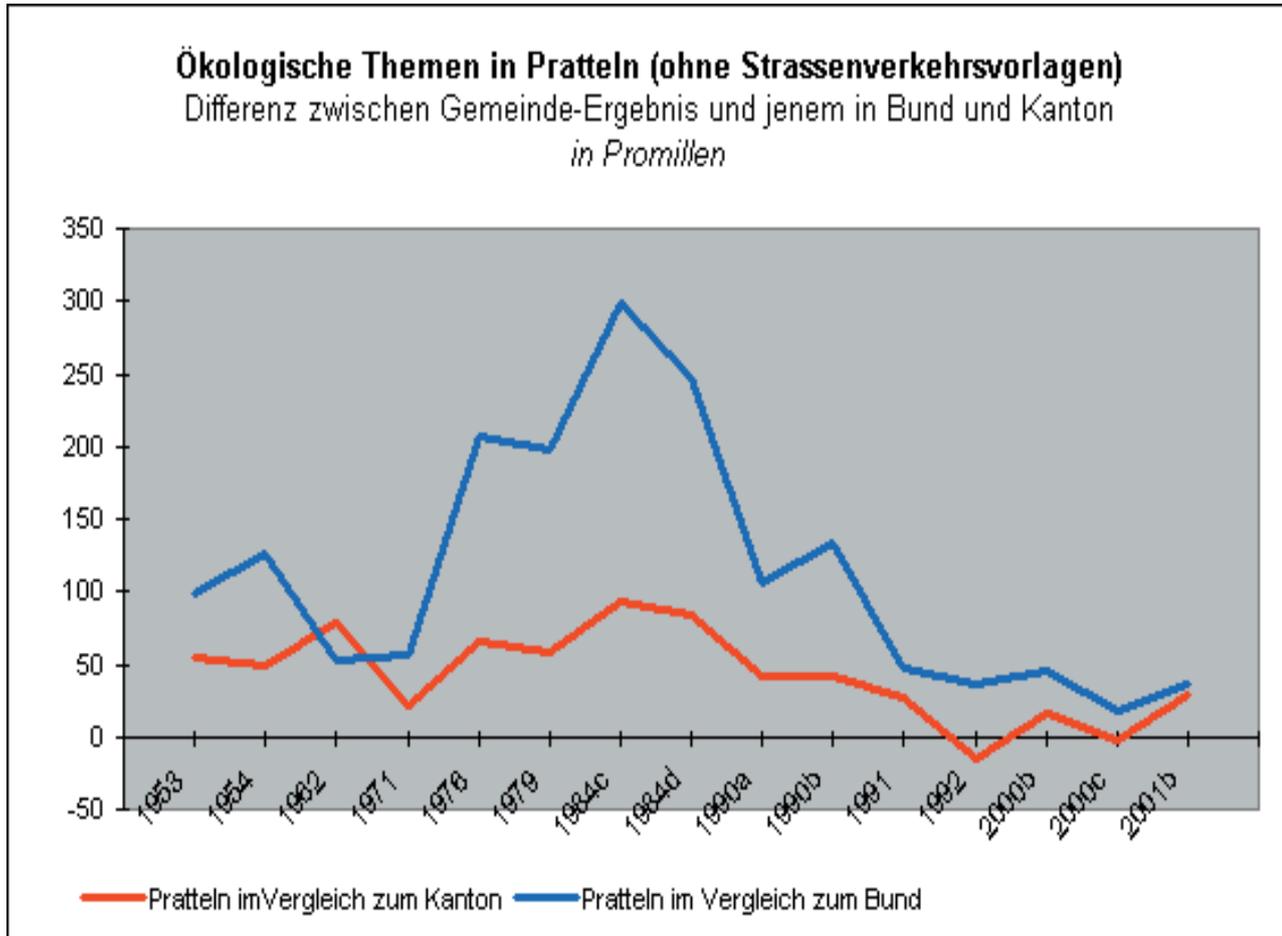
Abbildung 4

schon 1978 eine kantonale Volksinitiative zum Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken mit 63% angenommen worden. In Pratteln hatte der Ja-Stimmen-Anteil 68,6% betragen.

Besonders ausgeprägt war die erhöhte Zustimmungsfreudigkeit Prattelns bei den Abstimmungsgängen gegen die Atomenergie. Die Initiative für die Wahrung der Volksrechte beim Bau von Atomkraftwerken (1979) wäre in Pratteln mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Im Bund blieb sie knapp unter 50%. Gar drei Viertel stimmten in Pratteln fünf Jahre später für eine „Zukunft ohne AKW's“ (1984c). Gesamtschweizerisch waren es nur 45%. In der Folge sind der Elan des Widerstands gegen die Atomkraft und die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung offenbar zurückgegangen. Jedenfalls sank die Stimmbeteiligung 1990, als zwei Anti-AKW-Vorlagen zur Abstimmung kamen, gegenüber den 54% von 1984 um mehr als 10 Prozentpunkte. Immerhin votierten in Pratteln noch 57,7% für den „Ausstieg aus der Atomenergie“ (1990a), 10 % mehr als im Bund. Ein einziger Erfolg war auf nationaler Ebene in diesen Fragen zu verzeichnen. Im selben Urnengang (1990b) entschied sich auch gesamtschweizerisch eine Mehrheit von 54,5% für ein zehnjähriges Moratorium beim Bau von Atomanlagen.

In jüngster Zeit ist aber das Zustimmung plus in energiepolitischen Fragen – ein Feld in dem sich Pratteln als ökologisch fortschrittlich etabliert hatte – geschrumpft. So etwa bei der Solarinitiative (2000b) und

Abbildung 5



der Energielenkungsabgabe (2000c). Umgekehrt zeichnet sich bei Vorlagen zur Strassenverkehrspolitik in den letzten Jahren gegenüber den gesamtschweizerischen Resultaten eine Sensibilisierung ab. Noch 1977 stimmten fast 50% der im Bund mit 39% Ja-Stimmen chancenlosen Albatros-Initiative gegen die Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge zu. In den 1980er-Jahren sank die Bereitschaft, beim motorisierten Verkehr Einschränkungen oder zusätzliche finanzielle Belastungen zu bewilligen, unter den Schnitt des Kantons und zeitweise auch des Bundes. Die Schwerverkehrsabgabe (1984 a) und die Autobahnvignette (1984b) wurden in Pratteln zwar mit 57,7 bzw. 51,1% angenommen, aber weniger deutlich als in Bund und Kanton. Noch immer haben es diese Vorlagen in Pratteln etwas schwerer als im gesamten Baselbiet. Sie fanden aber mit Ausnahme der Alpeninitiative (1994b) und der Verkehrshalbierungsinitiative (2000a) eher mehr Zustimmung als im Bund. Insgesamt bewegen sich jedoch die Prattler Abweichungen in diesem Politikbereich innerhalb einer relativ engen Bandbreite zwischen minus 4% und plus 6%.

Was in Bezug auf die Sozialpolitik festzustellen war, zeigt sich auch hier: In den letzten Jahren hat sich im Stimmverhalten der Prattler und Prattlerinnen eine Annäherung an den kantonalen und eidgenössischen Durchschnitt vollzogen. Dies dürfte allerdings auch damit zu tun haben, dass seit 1990 keine Vorlagen zur Atomkraftnutzung mehr zur Abstimmung gekommen sind.

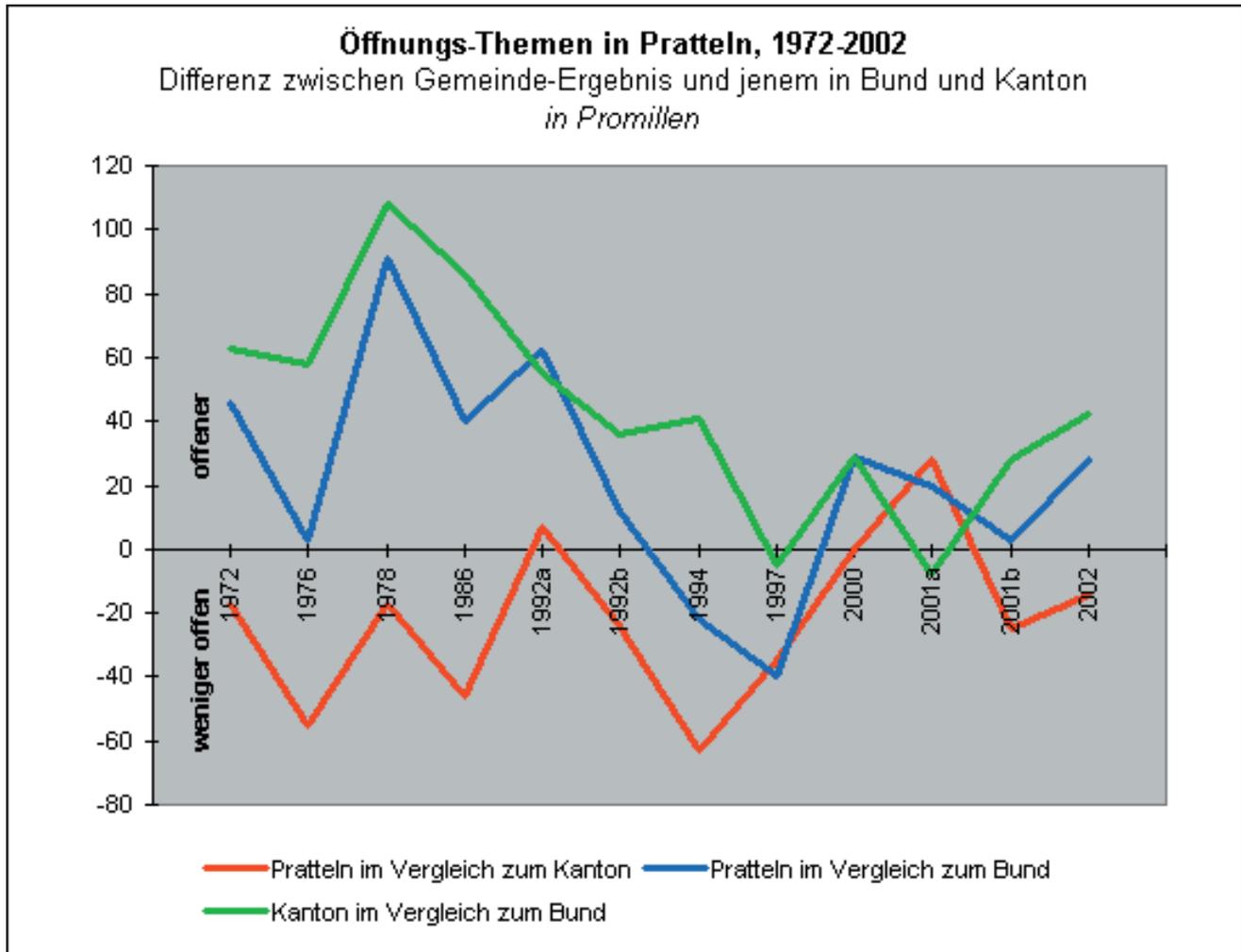
Öffnung und Umgang mit Fremden

Zu den Abstimmungen, welche die grösste Stimmbeteiligung bringen und die am meisten Emotionen wecken, gehören Vorlagen, in denen es um die Öffnung der Schweiz und um den Umgang mit Fremden

geht. Deshalb soll auch ihr Abschneiden in Pratteln näher untersucht werden.

Die Frage der Öffnung der Schweiz beschäftigte die Stimmbürger schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, als im Mai 1920 über den Beitritt zum Völkerbund abgestimmt wurde. In Pratteln sprach sich damals nur ein gutes Drittel dafür aus, im Baselbiet betrug die Zustimmung 40,2 Prozent. In der übrigen Schweiz, vor allem in der Romandie, war die Bereitschaft zur Öffnung grösser, so dass es zu einem Volksmehr und einem äusserst knappen Ständemehr reichte. Obwohl schon 1920 die

Abbildung 6

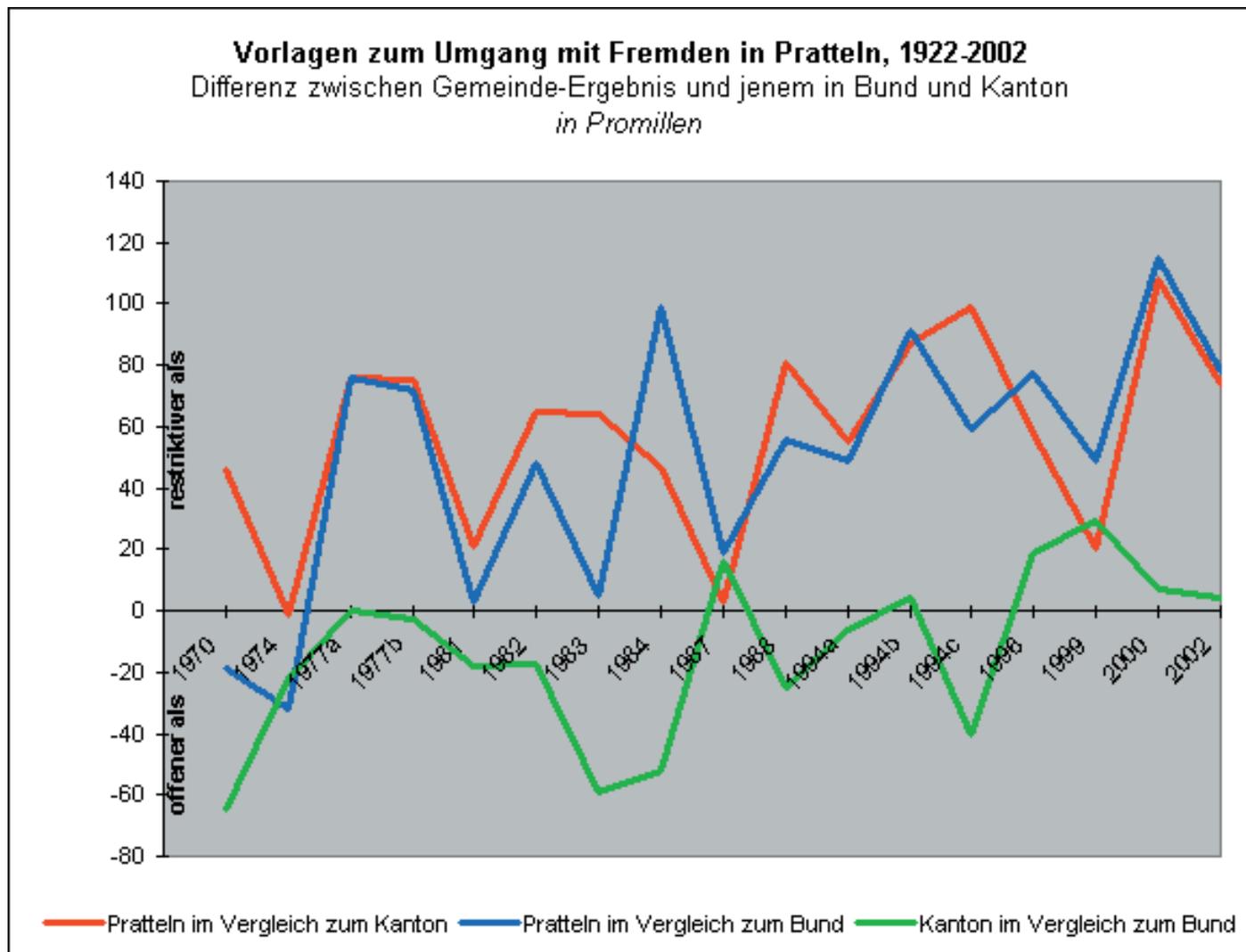


Neutralitätsvorbehalte zu den wichtigsten Gründen der Beitrittsgegner gehörten, lässt sich die damalige Situation mit den Öffnungsvorlagen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum vergleichen.⁴ Die in der Abbildung 6 zusammengestellte Reihe von elf Abstimmungsgängen setzt daher 1972 ein und enthält Vorlagen, in denen es auf sehr unterschiedliche Art um Fragen der Öffnung der Schweiz ging. Sie reichen vom Freihandelsabkommen mit der EG (1972) über ein Referendum gegen einen Kredit für die Internationale Entwicklungsbank (1976), die UNO-Beitrittsfrage (1986) bis zum EWR-Beitritt (1992) und den Bilateralen Abkommen (2000).

Auch hier zeigt sich in den letzten Abstimmungsgängen eine Annäherung der Kurven innerhalb einer relativ schmalen Bandbreite. Eine einzige Vorlage (1978) schert mit 9,1% mehr Zustimmung als im Bund ein wenig aus der Kurve aus – und diese war doch eher unpolitischer Art: Es ging um die Einführung der Sommerzeit. 1986 traten 28,3% der Stimmdenden in Pratteln für den UNO-Beitritt ein, vier Prozentpunkte mehr als in der Gesamtschweiz aber um etwa gleich viel weniger als im gesamten Baselbiet. Die

erfolgreiche UNO-Beitrittsabstimmung vom 3. März 2002 zeitigte – mit etwas geringeren Abständen – die gleiche Konstellation: Pratteln stimmte dem Beitritt mit 57.4 % um 1,4 Prozentpunkte weniger stark zu als das Baselbiet, lag aber immer noch um 2,8 Prozentpunkte über dem schweizerischen Durchschnitt.

Abbildung 7



Zwei allgemeine Trends lassen sich festhalten. Die Differenzwerte von Pratteln zum Bund liegen zuerst über der X-Achse, fallen bei der Blauhelm-Vorlage (1994) und der Initiative EU-Beitrittsverhandlungen vor das Volk (1997) darunter, steigen bei der Abstimmung über die Bilateralen Verhandlungen (2000) wieder darüber, um sich dann dem gesamtschweizerischen Wert wieder anzunähern. Das heisst: Die Bereitschaft zur Öffnung war in Pratteln in der Regel eher leicht höher als im Bund, aber mit deutlich sinkender Tendenz. Die Differenzwerte zum Kanton liegen hingegen fast durchwegs unterhalb der X-Achse. Das Baselbiet zeigt also eher mehr Öffnungsbereitschaft als Pratteln. Es bestätigt sich zudem der schon von R. Epple festgestellte Trend, dass der Baselbieter Ja-Stimmen-Überschuss abnimmt und die offene Haltung sich abschwächt.

Während bei den Öffnungsvorlagen eine Abschwächung der Zustimmung festzustellen ist, zeigt sich bei den Vorlagen zum Umgang mit Fremden – das heisst bei Abstimmungen zum Ausländer- und Asylrecht – eine Neigung zu einer restriktiveren Haltung, vor allem im Verhältnis zum schweizerischen Schnitt. Dies verdeutlichen die ansteigenden, gestrichelten Trendlinien in Abbildung 7.

Die Schwarzenbach-Initiative, die eine Limitierung des Ausländeranteils an der Bevölkerung auf höchstens 10%

verlangte, erhielt 1970 in Pratteln mit 44,1% noch zwei Prozentpunkte weniger Ja als im schweizerischen Durchschnitt. Bei der nächsten „Überfremdungsinitiative“ (1974) senkte Pratteln den nationalen Zustimmungsschnitt ebenfalls noch. Seither aber lag bei Vorlagen, die eine Abschiessung gegen Fremde verlangten, die Zustimmung in Pratteln stets über jener von Kanton und Bund. Deutlich war dies der Fall bei den späteren Überfremdungsinitiativen (1977, 1984 und 2000), aber auch bei den meisten Asylvorlagen. Integrationsfreundliche Vorlagen wie die Miteinand-Initiative (1981), das Ausländergesetz von 1982 oder Vorstösse für eine erleichterte Einbürgerung (1983 und 1994b) hatten es in Pratteln entsprechend auch meist überdurchschnittlich schwer.

Zusammenfassung

Nicht nur, wie dargestellt, in den sozialpolitischen und den ökologischen Themen sowie bei den Öffnungsvorlagen nähert sich das Prattler Abstimmungsverhalten in den letzten Jahren dem schweizerischen und kantonalen Schnitt an. Auch in den armeetpolitischen Abstimmungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, ist dies der Fall. Dagegen ist bei Vorlagen, die eine restriktivere Haltung im Umgang mit Fremden verlangen, das Gegenteil der Fall. Hier erhält das Abstimmungsprofil von Pratteln eher mehr Konturen. Im Wandel des Abstimmungsverhaltens in Pratteln manifestiert sich somit die Entwicklung der Gemeinde zu einer Agglomerationsgemeinde, die den Wandel vom Industrie- zum Dienstleistungsstandort mitgemacht hat, sich aber soziologisch von anderen dadurch unterscheidet, dass ihre Bevölkerung mit 35% einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil aufweist. Die Analyse zeigt, dass in Pratteln im Vergleich zum Bund und zum Kanton zwar nach wie vor leicht überdurchschnittlich sozial und ökologisch abgestimmt wird. Doch seit den 1980er-Jahren ist die Differenz so gering geworden, dass von einer „roten“ oder „grünen“ Gemeinde nicht gesprochen werden kann. Die Analyse bestätigt somit, dass Pratteln in der Schweiz liegt – schon ziemlich nahe an ihrem Durchschnitt.

Fussnoten

¹ Selbstverständlich wäre es in diesem Zusammenhang wichtig, auch einen direkten Vergleich mit anderen Gemeinden zu machen, was aber im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich war.

² Mein Vorgehen lehnt sich an jenes von Ruedi Epple an, dem ich für das zur Verfügung Stellen des Datenmaterials der Abstimmungen im Baselbiet herzlich danke. Vgl. Ruedi Epple, Weltoffen oder geschlossen? Zur politischen Kultur des Baselbiets, in: Geschichte 2001, Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte Nr. 22, Liestal, Juni 1997.

³ Der Anteil der ausländischen Bevölkerung stieg in Pratteln von 6,7% 1950 auf 17,9% 1960, sank nach dem Kulminationspunkt von 28,8% im Jahr 1974 wieder, um seit den 1980er-Jahren erneut anzusteigen. 2000 betrug er 35,4%.

⁴ Vgl. dazu Carlo Moos, Ja zum Völkerbund – Nein zur UNO. Die Volksabstimmungen von 1920 und 1986 in der Schweiz, Zürich 2001 sowie: Ruedi Brassel-Moser, „Auch du, verehrter Eidgenoss. Die Völkerbundsdiskussion im Baselbiet, in: Geschichte 2001, Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte, Nr. 30, Liestal März 2000.